

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beitzzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere Tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 269.

Dienstag den 17. November 1903.

10. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zu „Geheimbündverfahren“ ist nach der „Königsberger Volksztg.“ der Antrag auf Haftentlassung der Genossen Braun und Nowagroski abgelehnt worden. Die Beschlußkammer des Landgerichts muß also ebenfalls der Ansicht sein, daß ein „dringender Verdacht“ vorliegt und daß Verdunkelungsgefahr besteht. Wie man hört, soll jedoch die Grundlage des ganzen Verfahrens einer merkwürdigen Aenderung unterzogen werden. Es soll sich nunmehr handeln um Beihilfe zum Hochverrat gegen die russische Regierung und Beihilfe zur Beleidigung des russischen Kaisers. Wir glauben, das wird sich wohl noch weniger nachweisen lassen, als in Bezug auf den Geheimbund. Eine Beihilfe kann selbstverständlich nur wesentlich geleistet werden. Nun handelt es sich aber um russische Schriften und von den Angeeschuldigten versteht Niemand russisch. In Betracht kommen vermuthlich die §§ 81, 82, 85 und 102 des Strafgesetzbuchs. Danach wird bestraft, wer es unternimmt, die Verfassung oder die Thronfolge eines Staates gewaltsam zu ändern (§ 81, 2). Jedoch gilt als Hochverrath nur solche Handlung, durch welche das Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll (§ 82), also ganz gewiß nicht die Verbreitung von Druckschriften. Allerdings wird durch § 85 auch die Verbreitung von Schriften unter Strafe gestellt, welche zur Ausführung einer hochverräterischen Handlung auffordern. Aber da es sich um sozialdemokratische Schriften handelt, so halten wir es von vorn herein für ausgeschlossen, daß darin zu irgend einer Gewaltthätigkeit aufgefordert ist. Denn wir Sozialdemokraten verwerfen bekanntlich grundsätzlich mit aller Schärfe jede Gewaltthätigkeit. Ist das aber nicht der Fall, so fällt der Begriff des Hochverrats fort. Außerdem aber ist es auch sehr fraglich, ob die Schriften überhaupt in Rußland verbreitet worden sind. Wir zweifeln sehr daran, denn sie sind ja in Deutschland beschlagnahmt worden. Damit stürzt aber die ganze Anklage zusammen. Die Anklage wird also dreierlei zu beweisen haben: erstens, daß die Schriften Aufforderungen zu hochverräterischen (d. h. gewaltthätigen) Handlungen enthalten; zweitens, daß sie in Rußland verbreitet worden sind; drittens, daß die Angeeschuldigten den Inhalt der Schriften gekannt haben. Wir glauben, alle drei Beweise werden unmöglich zu führen sein. Bisher wird verglichen nur auf Antrag der russischen Regierung. Als Strafe käme nur Festung, allerdings von einem Monat bis zu drei Jahren in Betracht. Von einer Befreiung wegen Beleidigung des Kaisers kann wohl ernstlich keine Rede sein, schon weil die Angeeschuldigten den russischen Inhalt der Schriften gar nicht kannten.

Ein Hochgefang auf das preussische Landtagswahlrecht in einem liberalen Waite und am Tage nach der Wahl, die abermals die Herrschaft der Junker und Pfaffen behält, hat, — das ist ein Geheiß, das festgehalten werden muß. Die „Magdeburgische Zeitung“, ein führendes nationalliberales Blatt, weiß den Landtagswahlen vom Donnerstag zunächst nur einen Tadel zu nachzusehen, weil sie eben sich unter dem preussischen Wahlgesetz vollzogen haben. „Ah“, so beginnen diese wunderlichen Betrachtungen, „das war doch ein ganz angenehmer Gang zur Wahl, ein Gang, auf dem man frische Luft athmen konnte und nicht mit unnötigen Hindernissen zu kämpfen hatte. Das allgemeine Wahlrecht, wie wir es in Preußen haben, ist durchaus demokratisch, hält sich aber fern von dem wahrwichtigen Glauben an die Gleichheit alles dessen, was Menschenanlich trägt.“ — Wenn das Friedrich Wilhelm IV. und die traurigen Spießgesellen der „Kontrevolution“ noch hören konnten, die Preußen die Spottgeburt dieses Wahlgesetzes aufgefaßt haben! Sie würden sich den Bauch halten vor Lachen und ihre helle Freude haben an dem Spießhaubenspießertum, das sich für Fußtritte demüthigt bedankt und Sklaventetten für Rosenketten ansieht, gleich dem pantoffelstreubigsten Pantoffelhelden.

Ein Scheiterhaufen der Wahrheit. Vor Kurzem erschien im Verlag von Georg Reimer in Berlin ein Buch, das auf die Ereignisse der Jahre 1870 und 1871 ein neues Licht wirft. Es enthält eine Menge von Kriegsbriefen, die der General v. Kretschmann, damals Major im Generalstab des dritten Armee Korps, aus dem Felde an seine Gattin geschrieben hat. Brand, Plünderung, Todtschlag, geschlechtliche Orgien, finanzielle Korruption, unwürdige Streiberi spielen in diesen Briefen eines einwandfreien Zeugen keine geringe Rolle, und ihr Verfasser selbst lehrt beim, voll der Ueberzeugung, daß der Krieg alle thierischen Instinkte aufweckt und den menschlichen Charakter von seiner nobilsten Seite zeige. Außer diesen Kriegsbriefen enthält das Buch, das von Kretschmanns Tochter herausgegeben ist, auch Briefe des verstorbenen Prinzen Friedrich Karl, worin

sich dieser in höchst ungewohnter Weise über einen bestimmten Vorgang im Hohenzollernhause äußert. Daß dieses Buch den militärfrommen, neubyzantinischen Geschichtslitterern gar kein Vergnügen bereiten konnte, war voraussehen. Ganz überraschend aber ist die Naivität, mit der dieses Mißvergnügen sich Ausdruck verschaffte. In der „Tägl. Rundschau“ erklärt der General v. Boguslawski in aller Harmlosigkeit seines Gemüthes, die Herausgeberin hätte etwa 25—30 Briefe unveröffentlicht lassen, d. h. unterzulegen sollen. Ein Oberleutnant v. Kretschmann be-schuldigt in einem offenen Briefe die Herausgeberin der Pietätlosigkeit gegen ihren Vater, und zahlreiche Blätter, darunter auch freisinnige, stimmen ihm lebhaft zu. Man hätte nicht glauben dürfen, daß sich die Sedanlegende so rasch demaskieren würde! Also so wird's gemacht! Alle die Briefe, Dokumente, Berichte, die den Social aller Stegesdenkmäler bilden, sind zensiert, gesichtet, zerschnitten, appetitirt, und neben ihnen erhebt sich höher noch der große Aischenhaufen der verbrannten Wahrheit. Mächtiger als Richter und Gezehe, und viel tiefer noch als sie, greift der Zwang der Konvenienzabel, die geheime Sehne der guten Gesellschaft in das Recht der freien Meinungsäußerung ein; nur der Umstand, daß die Besitzerin so wichtiger kulturgeschichtlicher Dokumente dieser Gesellschaft den Rücken gekehrt hat, hat jenes Stückchen Wahrheit vor der Engel-macherin Klio gerettet! Neben der offiziell gelehrten, offiziös bestätigten Geschichtswahrheit giebt es noch eine Geheim-geschichte, von der zu reden unter roberzogenen Leuten als Lohsünde gilt. Nicht daß dem so ist, sondern die jhmische Selbstverständlichkeit, mit der jetzt dieser Sachverhalt ver-rathen wird, ist das Auffällige und Ueberraschende an dem kleinen Getümmel, das sich um die Kretschmannbriefe erhoben hat. Denn ein so wichtiges Beweisstück für das für auch sein mögen — dazu brauchen sie nicht erst zu erscheinen, um erkennen zu lassen, daß kein Ruhm leichter, wandelbarer, barbarischer und — verlogener ist, als der Ruhm der Schlachten!

Ein Verbot der Herstellung von Zündhölzern aus weißem Phosphor ist bekanntlich in der letzten Reichstagsession beschlossen worden. Die deutsche Regierung hat ein Mittel zur Herstellung von Zündhölzern erworben. Der Erfinder dieses Zündholzes hinterlegte das Rezept für die Herstellung der neuen Masse versiegelt bei der Reichsbehörde. Sobald das Gesetz zu Stande gekommen, ist diese berechtigt, das Rezept aus der Versiegelung zu nehmen und unentgeltlich allen Fabrikanten zur Verfügung zu stellen. Nun schreibt aber der freisinnige Reichstags-abgeordnete Dr. Müller-Meinigen im „Tag“: Man sollte meinen, daß so rasch wie möglich die Segnungen dieses neuen Reichstagsholzes den armen, durch das Verbot der Herstellung von Weißphosphorzündhölzern betroffenen Gegendern zu theil werden würden. „Statt dessen wird man, daß in Eile ein amerikanischer Riesenbetrieb sich der ganzen Fabrikation bemächtigt“, daß der Erfinder des Reichstagsholzes noch das Mittel für sich verwendet und daß überhaupt das Mittel, auf das natürlich die von dem Verbot der Herstellung von Zündhölzern aus weißem Phosphor betroffenen Arbeiter und Fabrikanten mit Schmerzen warten, um es in ihrem sonst dem Untergange geweihten Betriebe zu probieren und einzuführen, trotz bereits im Juli gestellter dringlicher Bitte bis heute noch nicht „herausgelassen“ worden sei. Auf was wartet nun die Reichsregierung? Bis der große amerikanische Ring die kleinen Fabrikanten noch sämmtlich zu Grunde gerichtet hat? Es kann, falls die Mittelheilung richtig ist, nicht scharf genug kritisiert werden, daß man die Wirtsteller auf ihr gerechtfertigtes Ersuchen seit Monaten ohne jede Antwort gelassen hat. Kann man es den Leuten verübeln, wenn sie über solche Behandlung empört sind, ja sich geradezu — was natürlich zu weit geht — für getäuscht ansehen? — Das ist wieder so ein echtes preussisch-deutsches Schilfbürgerstück, das klar und deutlich beweist, wie wenig man sich in Berlin um das Wohl und Wehe des Proletariats kümmert und mit welcher einseitigen Halbheit in Deutschland Sozialreform betrieben wird. Aber dennoch wird man in Berlin auch in Zukunft über den Schutz der nationalen Arbeit das Maul nicht voll genug zu nehmen wissen.

Handelsvertrag mit Schweden. Wie die „Deutsche Wirtschaftspolit.“ zu berichten weiß, befindet sich zur Zeit ein höherer schwedischer Ministerialbeamter in Deutschland, um sich im Auftrage der schwedischen Regierung über die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Lage und Stimmung in Deutschland zu informieren und Material zu sammeln, das für eventuelle Verhandlungen über einen deutsch-schwedischen Tarifvertrag als Grundlage zu dienen hätte. Die schwedischen Export-Interessenten erwarten durch den neuen deutschen Hochzolltarif theilweise erhebliche geschäftliche Schädigungen. Insbesondere Anstoß erregt haben die Einführung eines hohen Zolles von 5 Mark für Beerenobst, die Einführung eines Zolles von 0,40 Mark für Pfaffenweine (sowie die Zölle auf Klinter und einige andere Streifenwaren), endlich die neuen deutschen Zölle für Tischler-, Drechsler- und Wagner-Arbeiten, hier insbesondere der hohe Zoll von 8 Mark für Türen und Fensterrahmen. Der

Letzte bedeutet nach den Erklärungen der schwedischen Interessenten keineswegs nur einen Werthzoll von 23 Prozent bezw. 19 Prozent, wie die amtliche Begründung zum deutschen Zolltarif angeht. Der dabei zu Grunde gelegte Einheitswerth von 43 Mk. pro Doppelcentner käme nur dadurch zustande, daß in der betreffenden Position der deutschen Ein-gangsstattistik verschiedene höherwertige Holzwaren mit-rubrizirt würden.

Die Serlichkeit der Militärvereine schwindet zusehends zusammen. In vielen Orten sind bei der letzten Reichstagswahl so viele sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden, daß der größte Theil der Militärvereiner der Sache der bürgerlichen Parteien untreu geworden sein muß. Die jungen Leute aber ziehen es jetzt vor, nicht erst Militär-vereiner und dann Sozialdemokraten zu werden, sondern sie treten gar nicht den hurrapatriotischen Vereinen bei. So stark hat der Bezug zu manchen Militärvereinen nachgelassen, daß jetzt bei den Kontrollversammlungen eine Agitation für diese Vereine für nothwendig erachtet wird. In Meerane legte sich wenigstens kürzlich bei der Kontrollversammlung der leitende Hauptmann mit einer längeren Rede für die Gewinnung von Mitgliedern für die Militärvereine in's Zeug. Der Bezirkshauptmann aus Glauchau führte aus, die Militärvereinsvorstände des Bezirks hätten sich an ihn mit der Bitte gewandt, daß ihre Vereine von den in den letzten Jahren entlassenen Reservisten keinen Nachwuchs bekämen. Trotzdem doch jeder Mann, der gebient habe, in den Militärverein gehöre, stelle der Bezirk Glauchau-Meerane ganz wenig neue Mitglieder. Der ärmste Mann könne sich als Mitglied aufnehmen lassen. Die wirtschaftlichen Gegen-sätze würden in diesen Vereinen überbrückt, Arme und Reiche seien gleich (??). Von Vortheil sei es für die ärmeren Kameraden zugute, da die Wohlhabenden das Geld nicht brauchen oder nicht nähmen. Die Geselligkeit würde in kameradschaftlichem Sinne gepflegt. Da müsse er, der Herr Hauptmann nämlich, nun mit Verwunderung hören, daß die Kameraden, daß reiche Leute Mitglied seien. Das Unter-stützungswesen komme hauptsächlich den ärmeren Kameraden die angeführten Dinge nicht zu schätzen wüßten, und sich den Kriegervereinen nicht anschließen. — Es werden nicht allzuviel Leute die Verwunderung des Herr Hauptmann theilen. Die Blüthezeit der Militärvereine ist eben unwieder-bringlich vorbei.

Die badischen Landtagswahlen. Bei der am Freitag in Neunkirchen, Wahlkreis Eberbach-Buchen, statt-gefundenen Nachwahl von fünf Wahlmännern siegte die nationalliberale Liste. Damit ist die Wahl des national-liberalen Kandidaten Bürgermeister Dr. Weiß-Eberbach gesichert. Die badische Kammer, die Anfang Dezember zusam-mentreten dürfte, setzt sich zusammen aus 26 Nationallibe-ralen, 23 Centrum, 6 Sozialdemokraten, 5 Demokraten und einem Antijemiten.

Wie schwer Soldatenumhändlungen an den Tag kommen wird demnach ein Kassenkönig von Meins-prozessen in Magdeburg zeigen. Dort wurde kürzlich gegen einen Unteroffizier wegen Umhändlung Unterberger verhandelt. Eine Anzahl gemeine Sol-daten und Chargierte waren als Zeugen geladen. Unter ihrem Eid erklärten sie anfangs, von den Umhändlungen nichts zu wissen, die Gemeinen bestritten besonders, selbst umhändelt worden zu sein. Die Unwahrheit ihrer Aussagen stellte sich aber bald heraus und bereits sind vier Vorgesetzte und Gemeine wegen dringenden Verdachts des Meineids verhaftet worden. Die umhändelten Soldaten bestritten die Umhändlungen natür-lich nicht aus Vergnügen an den Quaken, die ihnen zugefügt wurden, sondern sie fürchteten den Zorn der Priniger, wenn sie die Wahrheit sagen würden. Nachdem diese aber ander-erweit überführt wurden, widerriefen auch die nun verhafteten Zeugen ihre erste Aussage und beschwo-ren, fortwährend umhändelt worden zu sein. Sie hätten nur Furcht gehabt, die volle Wahrheit zu sagen! Da das Kriegsgericht diese Argumente jedoch nicht anerkannte, wurden alle vier aus der Kaserne weg verhaftet. Der Fall wirft ein grelles Schlaglicht auf die Zustände in den Kasernen, das mehr aufdeckt, als zehn Soldatenumhändlungs-prozesse.

Kleine politische Nachrichten. Lirpiz, der Marine-Konon, wurde vom Kaiser zum Admiral ernannt. — Wie der „Frankf. Btg.“ aus Metz bestimmt gemeldet wird, soll im Prozeß Dilse heiderseits keine Be-rufung eingelegt werden. — Wie der „Vol.-Anz.“ meldet, ist ein allgemeiner Deutscher Innungs- und Handwerker Tag durch den Zentralausschuß der verein-igten Innungsverbände Deutschlands für 1904 ein-berufen worden. — Wie die „Berl. Neuest. Nachr.“ hören, ist von den zuständigen Stellen beschlossen worden, sowohl das Kohzucker- wie das Raffinerie-Syndi-kat mit 31. Dezember dieses Jahres auf-zulösen zu lassen. — Der Mund- und Zahnpfleger der Truppen gana besondere Fürsorge zu widmen, ist nach dem „Hann. Cour.“ den Sanitätsoffizieren des 16. Armee Korps durch Korpsbefehl aufgegeben worden. Infolgedessen werden von den Verleten beim Kaiserlich-gehilfen eigene Instruktionssunden über dieselbe abge-

halten. — Das preussische Oberverwaltungsgericht ent-
schied Freitag in höchster Instanz wiederum, daß eine
Versammlung (es handelt sich in diesem Falle um
eine polnische), nicht aufgelöst werden könne, wenn
in einer Sprache verhandelt werde, die der
überwachende Beamte nicht verstehe. — Der
Verleger der „Braca“, Biedermann in Posen,
der kürzlich wegen Verdachts der Bestechung eines Beamten
verhaftet worden ist, ist gegen Stellung einer Kaution am
Sonntag aus der Haft entlassen worden. — Der
Herausgeber der „Freien Meinung“, Wolbemar Schwa-
rschild, wurde von der Strafkammer II in Hannover
wegen Verleumdung des Reichstags-Abge-
ordneten Dr. Max Jaenicke zu neun Monaten
Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet.
Schwarzschild ist ein bekannter Revolverjournalist. — Für
das Königreich Sachsen hat sich mit staatlicher Geneh-
migung eine Rechtskonjulenteninnung mit dem
Sitz in Tharandt gebildet. — Das württember-
gische Ministerium des Innern hat wegen der Ver-
mehrung der Zahl der Waarenhäuser die Oberämter
angewiesen, alsbald besondere periodische ortspolizeiliche
Untersuchungen über die Feuer- und Ver-
triebsicherheit der Waarenhäuser anzustellen und
alljährlich über etwa getroffene Maßnahmen Bericht zu
erstaten. — Aus Mannheim wird der „Frankf. Ztg.“
gemeldet: Bürgermeister Ulmer in Ostersheim, den kürz-
lich das Schmutzgericht freigesprochen, wurde wegen einer neuen
Fälschung im Amt verhaftet, ebenso der Gemeindevor-
sitzer. — In einer sehr belebten Straße im Mittelpunkt
der Stadt Bialystok (Rußland) gab Freitag ein Mann
drei Schüsse auf den Polizeimeister Metlenko
ab und entkam. Metlenko wurde leicht an der
Hälfte verwundet. — Die bedingte Verurteilung
auch bei Kriegsgerichten einzuführen, hat am Frei-
tag die französische Deputiertenkammer be-
schlossen. — In der Park-Avenue zu New York wurde
der einflußreiche Mr. Green aus bisher unbekann-
ten Gründen von einem Neger ermordet. —
Blättermeldungen aus Batavia zufolge wurde bei dem
Erscheinen der Polizeitruppen in Lombok der neu-
ernannte Häuptling der Eingeborenen
ausgeliefert. Die Ruhe ist damit anscheinend wieder
hergestellt.

Dänemark.

Wiedereinführung der Prügelstrafe? Der Justiz-
minister brachte Freitag im Landsdag eine Gesetzesvorlage
ein zur Wiedereinführung der Prügelstrafe in den Fällen,
wo die Brutalität des Verbrechens zu Tage tritt. Ferner
eine Vorlage über die Durchzugszölle und die Erweiterung
des Nothwehrrechtes. — Das kleine Dänemark, das sonst
niets genügt ist, an der Spitze der Zivilisation zu marschieren,
will also die Krute wieder einführen. Wir glauben nicht,
daß das Parlament die reaktionäre Vorlage annehmen
wird.

Finnland.

Neue Vergewaltigungen. Der russische General-
gouverneur ist offenbar weil er alle übrigen Mittel für er-
schöpft hält, dazu übergegangen, die Geschäfte „miß-
liebiger“ Finnländer einfach auf dem Ver-
ordnungswege zu schließen. Als Grund wurde
in einzelnen Fällen lediglich angegeben, daß die Maßregel
zur Aufrechterhaltung der russischen Ordnung und öffent-
lichen Ruhe erfolge. Angesichts des großen Nothstandes,
der jetzt wieder in Lapland infolge vollständigen Wip-
perstehens der Ernte eingetreten hat, erbarte der Senat umfang-
reiche Begnadigungen und Nothstandsarbeiten an.

Frankreich.

Die Einsetzung einer Untersuchungskommission
zur Prüfung der Akten des Humbert-Pro-
zesses hat Freitag die Kammer beschließen. Es sollen
Kaufordnungen darüber angefertigt werden, welche der
politischen Verantwortlichen an dem Suizidverbrechen mit-
schuldig sind. Infolge dieses Beschlusses hat bereits der
Justizminister den Staatsanwalt beauftragt, sämtliche Akten
in dieser Angelegenheit dem Präsidenten der Kammer zu
übermitteln, wobei er ausdrücklich hervorhob, daß alle
Papiere, mögen sie Lebende oder Verstorbene betreffen, sowie
auch Photographien und photographische Urtypen, die bei
den verschiedenen Hauptzeugen beschlagnahmt worden sind,
dem Präsidenten der Kammer zur Verfügung zu stellen seien.
Die Untersuchungskommission wird entweder aus 22 oder
aus 33 Mitgliedern bestehen; die Deputierten werden sich
wahrscheinlich vorher darüber verständigen, um den einzelnen
Parteien eine Vertretung in der Kommission im Verhältnis
ihrer Stärke zu sichern. Der Sozialist Sembat hat
einen Berichterstatter erklärt, seine Partei habe haupt-
sächlich aus dem Grunde für die Einsetzung der Kom-
mission gestimmt, weil sie über die Beziehungen des
Polizeipräsidenten Spire zur Familie Humbert volle Licht
werfe.

Argentinien.

Kolumbien und Panama. Der „New York Herald“
läßt sich aus Bogota vom 10. November melden: General
Rojas ist als Generalissimus heute zur Höhe mit einer
großen ausgearüsteten Armee abmarschiert. Jorge Holguin,
der selbstverordnete Präsident, sagte, die kolumbianische
Regierung werde den letzten Tropfen Blut
vergießen und den letzten Cent ausgeben,
um die Rebellion in Panama niederzu-
werfen. Bogota ist im Belagerungsstand.
Die Gesandtschaft der Vereinigten Staaten wird besucht.
Präsident Marroquin schickte an Roosevelt ein wichtiges
Telegramm. Man glaubt, Kolumbien werde auf die Spe-
zialität der anderen lateinischen Republiken. Eine weitere
Kontinentalpolitik zeigt ein Telegramm aus Santa-
quid, Marroquin, der Präsident von Kolumbien, habe ein
Sympathiegramm von General Plaza, dem Präsidenten
von Ecuador, mit der Bitte besandt, eine große
Unterstützung zu senden. General Rojas, der „Friedens-
kommissar“, nach Panama begeben. In Panama hält man
jedoch die Demissionen des Generals Rojas lediglich für
eine politische Schachmanöver, da Rojas für die Präsidenten-
kandidatur. Man glaubt, dass eine Demission nicht
für sich. Das Panama wird von dem Herrn Laffan
schonig nach geschick, der amerikanische Marinekommandant
habe einen deutschen Dampfer, welcher Freitag früh in
Colum anland, außerhalb des Hafens zu ankern gezwungen.
Man glaubt, der Dampfer habe „vermeintliche Leber“ an
Bord.

Brasilien.

Dem dominikanischen Aufstand. Aus Port au

Prince wird gemeldet, daß Sonnabend der französische
Dampfer „San Simon“ von dort nach Puerto Plata in
See ging. An Bord des Schiffes befand sich der Führer
der dominikanischen Revolutionspartei, Jimenez, dem die
Landung in Haiti verweigert wurde. Der Dampfer „San
Simon“ wird die Blockade des Hafens von Puerto Plata
zu brechen suchen und will sich, wenn er auf Widerhand
stößt, an das nächste erreichbare fremde Kriegsschiff um
Hilfe wenden.

Rübed und Nachbargebiete.

Montag, den 15. November 1903.

Die Wählerlisten zu den Gewerbegerichts-
wahlen liegen nach einer Bekanntmachung des Vor-
sitzenden auch noch am Freitag, den 20. November
aus.

Die Krankenunterstützung in den Gewerkschaften.
Man schreibt uns: Die letzte Mitgliederversammlung der
hiesigen Zahlstelle des deutschen Holzarbeiter-Ver-
bandes beschäftigte sich mit einer, sicher alle gewerk-
schaftlich organisierten Arbeiter interessierenden Frage, und zwar
über: Soll innerhalb der lokalen Organisation auf fakultati-
ver Grundlage eine Krankenunterstützungskasse in's Leben
gerufen werden?

Die Gründe, die für eine Aufstellung dieser Frage maß-
gebend waren, seien hier kurz mitgeteilt. Schon seit langem
wurde es als ein Uebelstand empfunden, wenn in den
Mitgliederversammlungen Unterstützungsgehe erkrankter
Kollegen zur Berathung standen. Einmal deshalb, weil
nach den geübten Praktiken nur dem eine Unterstützung
zugebilligt werden sollte, der eine 13wöchentliche Krankheits-
dauer bereits durchgemacht hatte, seine Nothlage also außer
allem Zweifel stand, und die ihm zugebilligte Unterstützung,
in der Regel im Betrage von 30 Mk., nur als Tropfen auf
den heißen Stein bezeichnet werden mußte und zum anderen,
daß sich diese Besuche der Kranken und Invaliden häuften
und dadurch der Meeresfonds, dessen eigentlicher Zweck
nur als Kampffonds und für Arbeitslosen-Unterstützung
gedacht ist, stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Es kam
hinau, daß es nicht jedermanns Ding ist, seine Nothlage
in öffentlicher Mitglieder-Versammlung diskutieren zu lassen.
Von diesen Motiven ausgehend, und eingedenk der
heutigen Verhältnisse, daß die einem, gegen Krankheit nur
einmal Versicherten im Falle der Erkrankung gewährte
Unterstützung als ungenügend betrachtet werden muß, be-
schloß eine frühere Mitgliederversammlung, eine Kommission
einzusetzen, die geeignete Vorschläge ausarbeiten möge, um
diesen Uebelständen abzuhelfen.

Es war bekannt, daß innerhalb des Verbandes eine
Zahlstelle, Mannheim, eine Krankenunterstützungskasse
gegründet hatte. Die Satzungen dieser Einrichtung lagen
vor und ergaben, daß dort zwei Klassen geschaffen sind.
Bei einem wöchentlichen Beitrag von 10 bzw. 20 Pf. wird
nach 13wöchentlicher Karenzzeit, vom 1. Tage der Erwerbs-
unfähigkeit an, für weiteren Beitrag für 20 Wochen 12 Mk.,
für weitere 20 Wochen die Hälfte, in der 2. Klasse für die-
selbe Zeit 6 Mk. bzw. 3 Mk. pro Woche gezahlt. Bei Ab-
reise, Austritt oder Ausschluß aus der Zahlstelle, bzw.
dem Verband scheidet das Mitglied auch aus der Unter-
stützungskasse aus, doch wird abreisenden Kollegen die
Hälfte der von ihnen im letzten Jahr gezahlten Beiträge
zurückgezahlt. Die Kasse nimmt nur Mitglieder des deut-
schen Holzarbeiterverbandes auf, wird selbstständig geführt,
untersteht jedoch der Aufsicht der Lokalverwaltung.

Die Kommission hat nun in der letzten Mitgliederver-
sammlung Bericht erstattet. Zwei Meinungen standen
sich gegenüber. Auf der einen Seite wurde die Noth-
wendigkeit der Gründung einer neuen Unterstützungs-
kasse auf fakultativer Grundlage, ausschließlich zur Beihilfe in
Krankheitsfällen, befürwortet, während die andere Seite
einen weiteren Ausbau auf der Basis des bestehenden
Unterstützungswesens, mit geringer obligatorischer Er-
hebung des Ertragsbeitrages für richtig und zweckentsprechend
anerkannt wissen wollte.

Das Für und Wider dieser Vorschläge ist eingehend
diskutiert worden. Es wurden Berechnungen aus den
Jahren 1901, 1902 und den 3 Quartalen 1903 angestellt.
Unter Zugrundelegung des Mannheimer Statuts, nur mit
der Abweichung, daß nur eine Klasse bestehen sollte, ergab
sich, daß für das Jahr 1901, bei einer durchschnittlichen
Mitgliederzahl von 460, 53 Kollegen 473 Wochen krank
waren. Bei einem Unterstützungsbeitrag von 6 Mk. pro
Woche für die Dauer von 26 Wochen und der Hälfte dieser
Unterstützung für weitere 26 Wochen würden insgesamt
Mk. 2533 auszubringen gewesen sein. Es hätte also jedes
Mitglied durchschnittlich 11,2 Pf. pro Woche für diese
Ausgabe neuem müssen. Im Jahre 1902 betrug die
durchschnittliche Mitgliederzahl 499, die von 69 Kollegen
abstrahiert Krankheitszeit 130 Wochen. Die Ausgaben
unter obigen Voraussetzungen hätten sich auf 2457 Mk.,
gleich 10,1 Pf. pro Mitglied und Woche. Für die 3
Quartale dieses Jahres wurden 50 Kollegen gezahlt, die
insgesamt 262 Wochen krank waren. Es würden somit
2109 Mk. zur Auszahlung obiger Unterstützungsätze nöthig
gewesen sein, jedes Mitglied pro Woche also 10,6 Pf. zu
zahlen gehabt haben.

Auf Grund des anderen Vorschlages, von der Grün-
dung einer neuen Klasse abzusehen und durch Erhöhung
der obligatorischen Ertragsbeitrages das Unterstützungswesen
auszubauen, fanden darüber Berechnungen statt, welche
Summe nöthig wäre, wenn in Krankheitsfällen von der
7. Woche an wöchentlich 3 Mk. Krankengeldzuschuß ge-
währt würde. Die Aufstellung ergab, daß für das Jahr
1901 673 Mk., für 1902 705 Mk., für 3 Monate 1903 609 Mk.
hätten verausgabt werden müssen. Bei der oben ange-
gebenen Mitgliederzahl würde auf jedes Mitglied pro
Woche ein Ertragsbeitrag von 3 bis 3,1 Pf. entfallen.

Beide Vorschläge wurden in der Mitgliederver-
sammlung einer sachlichen Prüfung unterzogen. Bei
ersterem wurde befürwortet, daß die Zahl der dieser Klasse
beizutretenden Kollegen nicht sehr groß sein wird, da ein
Theil bereits doppelt versichert ist und die ledigen Kollegen
des Sperrn ihren Aufenthaltsort wechseln und somit dieser
Einrichtung kein Interesse entgegenbringen würden. Es
würden in erster Linie nur die beizutretenden, die zu Krank-
heiten leichter veranlagt sind. Seitens der Kommission
wurde darauf verwiesen, daß mit diesen Möglichkeiten ge-
rechnet worden sei und deshalb in den Berechnungen alle
Erkrankten ganz gleich, ob sie nach den vorgelegten
Kriterien für ein Jahr schon ausgeschlossen waren, aus-
genommen wieder mitgezählt sind. Es werde deshalb, um voll-
ständiges Recht zu geben, der Vorschlag gemacht, den
Ertragsbeitrag für diese Klasse auf 20 Pf. zu bemessen. —
Die zweite Anregung wurde insofern bemängelt, als der
obligatorische Ertragsbeitrag nicht mehr erhöht werden dürfte,
was meist Unzulänglichkeiten in die Reihen der Kollegen zu
bringen, zum anderen müßte, wenn einmal Abhilfe ge-
schaffen werden sollte, dafür Sorge getragen werden, daß
die Unterstützung vom ersten Tage der Erkrankung dem
Betreffenden gezahlt werde.
Die Versammlung hat sich dahin erklärt, daß sie

im Prinzip mit der Gründung einer Kr-
kenunterstützungskasse einverstanden
Es soll, um die Meinung sämmtlicher am Ort beschäftig-
ten Kollegen zu erfahren, eine Umfrage mittelst Fra-
gebogen vorgenommen werden, auf welchem sie in un-
bindlicher Form durch Unterschrift ihren Zustimmung
oder ablehnenden Standpunkt zum Beitritt erklä-
ren. Findet sich die genügende Anzahl, so soll an die wei-
tere Ausarbeitung des Statuts zc., gegangen wer-
den. Wenn wir diesen Bericht der Öffentlichkeit in etw-
ausführlicherer Form übergeben, so leiten uns dazu zc.
Gründe. Einmal sollen unsere Berufscollegen auf
demnachst stattfindende Umfrage aufmerksam gemacht
zur baldigen Ausfüllung des Fragebogens ermahnt
den, zum anderen glauben wir, dadurch auch andere
werkthätigen anzuregen, dieser Frage näher zu treten.
wird von Niemand bestritten werden, daß gerade die
Krankung des Ernährers in den zahlreichsten Fällen hit
Noth in der Familie hervorruft. Bei den gesteigerten
Lebensmittel- und Wohnungspreisen wird das ihm
zahlte Krankengeld nur zum geringsten Theil zur Bef-
riedigung seiner Existenzbedingungen ausreichen. Wenn
noch Ueberweisungen in Heilanstalten zc. sich vernehmen-
digen und seinen Angehörigen die Hälfte des Krank-
geldes verabsolgt wird, steigt die Noth und zwingt
Frau, sich zu mancherlei Arbeit anzubieten und ihre Hausar-
beit zu vernachlässigen. Aber auch als Bindemittel, die Beru-
kollegen an die Organisation zu fesseln, dürfte eine et-
artige Unterstützungsseinrichtung zu betrachten sein. Es
auch bei uns nicht an Kasandrarufen gefehlt, daß mit
Ausbreitung des Unterstützungswesens eine Versimpelung
und Verflachung des Kampfstandes der Gewerkschaft
eintreten werde. Der Beweis ist nirgends erbracht,
Gegentheil wird überall zugegeben werden müssen,
Gerade die Schaffung von Unterstützungsseinrichtungen
von hohem agitatorischen Werth für das Gewerkschaft-
leben bezeichnet werden muß.

Wir betrachten diese eventl. neu zu gründende Un-
terstützungskasse als eine weitere Etappe zum Ausbau unse-
rer Organisation und hoffen, bei der Mehrheit unserer Kol-
legen sympathisches Entgegenkommen zu finden. Eingeb-
des Wahlspruches auf unsrer Fahne: „Vereinter Kraft
oft gelingt, was einer nie zu Stande bringt“ glaub-
wir mit Sicherheit annehmen zu können, daß auch die
Unternehmen die Solidarität und Kollegialität förde-
ren wird.

Herr Direktor Franz Gottscheid sendet uns

unsere vorgestrigte Notiz folgende Zuschrift:

„Bei meinem ablehnenden Verhalten gelegentlich
des Besuchs am Ermächtigung der Willepreise von Seiten
des sozialdemokratischen Vereins, bin ich von meinem Grund-
satz ausgegangen, daß das Theater als Kunst- und W-
dungsstätte jeder politischen Strömung fern bleiben muß
aus diesem Grunde verweigerte ich die gewünschte Preis-
ermächtigung und würde bei einem gleichen Besuch irge-
einer anderen politischen Vereinigung ebenso handel-
weshalb ich mich nicht anders verhält es sich bei der „Literarischen Ge-
sellschaft“. Dieselbe hat als einen Hauptzweck ihrer Ver-
einigung sich die Aufgabe gestellt, unter ihren Mitglieder-
Interesse für die moderne Literatur im Allgemeinen und
das Schauspiel im Besonderen zu erziehen und es ist den-
nach nicht mehr als recht und billig, daß solchen Ver-
strebungen von meiner Seite weitestgehendes Entgege-
kommen gezeigt wird. Aber auch andere Erwerbs- und
Vergnügungs-Vereinigungen mit den verschiedenlichsten
Namen genießen den Vorzug ermäßigter Eintrittspreise
sowohl sie sich verpflichten, für einen größeren Betrag
Billets abzunehmen, die die betreffenden Körperschaften
dann beliebig an ihre Mitglieder abgeben. Ein gleich-
Entgegenkommen würden auch z. B. den Vereinigungen
Gewerb- oder Genossenschaften der Buchbinder, der Natur-
heilkundigen, der Handlungsgehilfen zc. ohne weiteres ein-
geräumt werden, vorausgesetzt, daß nicht irgend ein
politisches Richtung den Zweck ihrer Vereinigung bildet.“

Der Herr Direktor scheint eine fürchterliche Angst vor
der Politik zu haben, aus welchem Grunde er politische
Vereine keine Preisermächtigung gewähren will. Ka-
unserer Meinung sollte er es mit Freuden begrüßen, wenn
irgend eine Korporation einem größeren Theil ihrer Mit-
glieder Gelegenheit bieten will, das Theater, das doch ein
Stätte der allgemeinen Bildung sein soll, unter günstigeren
Bedingungen zu besuchen. Hierbei ist die politische Ten-
denz eines Vereins vollständig nebensächlich. Uebrigens
sind die Direktionen in anderen Städten nicht so politi-
seindlich; sie gewähren selbst den sozialdemokratischen Ver-
einen Preisermäßigungen. Bei uns in Lübeck aber ist
etwas nicht möglich, da sollen die heiligen Hallen nicht
politisch „verseucht“ werden. — Trotz der Erwiderung des
Herrn Direktors bleiben wir bei unserer Meinung, daß
hier nicht mit gleichem Maße gemessen wird.

Die Gewerbegerichtswähler

machen wir darauf aufmerksam, daß die Listen zur
Wahl der Beisitzer

bis zum

kommenden Freitag

von 10 bis 2 Uhr

im Zimmer Nr. 2 des Gerichtshauses zur Einsicht
ausliegen.

Sehe jeder Gewerbegerichtswähler die Listen
rechtzeitig ein und feuere gleichzeitig die Arbeiter
zur Einsichtnahme an.

Wer nicht in der Liste steht, kann sein Wahlrecht
nicht ausüben.

Genossen! Seid auf dem Posten!

L. Die Ortskrankenkasse hielt am Sonnabend ein
außerordentliche General-Versammlung
ab, deren Tagesordnung als einziger Punkt die Ab-
änderung der Statuten aufwies. Die Vertreter
der Arbeitgeber sowohl wie diejenigen der Versicherten
waren der Einladung nur zu einem kleinen Theil gefolgt
und so konnte man denn mit Bedauern wahrnehmen, wie
wenig die von den Mitgliedern mit der Vertretung ihre
Interessen betrauten ihre Aufgabe wirklich ernst nehmen.
Der Vorsitzende, Herr Coleman, theilte zu Beginn der
Versammlung u. A. mit, daß die Lieferung von Bruch-
bändern an die Angehörigen der Mitglieder in Zukunft
ebenfalls zu ermäßigten Preisen stattfinden werde; bei
weiteren machte er bekannt, daß die Verhandlungen mit
den Aerzten über Einführung der freien Arztwahl auf
Grundlage einer Pauschsumme, weil aussichtslos, abge-
brochen seien. Zu dem eigentlichen Tagesordnungspunkt
übergehend, bemerkte der Vorsitzende Johann, daß die

Änderung der Satzungen — es wurde beschlossen, diese Bezeichnung statt des Wortes Statut zu setzen — in erster Linie durch die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz, die die Kasse erheblich belasten werde, notwendig geworden sei; der Vorstand sei aber auch der Meinung, daß noch verschiedene andere Mängel sich im Laufe der Zeit bemerkbar gemacht hätten, deren Beseitigung gleich mit vorgenommen werden könne. Darauf wurde in die Diskussion eingetreten. Nachdem man sich längere Zeit über an sich unwesentliche Abänderungen unterhalten hatte, kam man zu der Hauptsache, nämlich zu der Erhöhung der Beiträge, zu der Neueinteilung der Klassen, sowie der Regelung des Kranken- und Sterbegeldes. Alle diese Punkte wurden gemeinsam besprochen. Da die Beiträge sowohl wie die Leistungen der Kasse nach dem Gesetz einen bestimmten Prozentsatz des durchschnittlichen Tagelohns ausmachen müssen, war es notwendig, eine Änderung des § 12 des Statuts, der hiervon handelt, vorzunehmen, um eine kleine Erhöhung des Krankengeldes herbeiführen zu können. Bisher hatten sechs Klassen bestanden, für die der durchschnittliche Tagelohn auf 4 Mk., 3,40, 2,80, 2,20, 1,60, 1.— Mk. festgesetzt war. Es wurde beschlossen nach dem Vorstandsantrage, der eine ähnliche Einteilung, wie das Invalidenversicherungsgesetz sie hat, bezweckt, für die Zukunft nur fünf Klassen einzurichten und den durchschnittlichen Tagelohn auf 4,20, 3,40, 2,60, 1,80, 1.— Mk. festzusetzen. Da das Krankengeld die Hälfte hiervon betragen muß, so wurde nach längerer Debatte beschlossen, im § 14 das Krankengeld auf 2,10 Mk., 1,70 Mk., 1,30 Mk., 0,90 Mk. und 0,50 Mk. zu normieren. Das Sterbegeld, welches, früher, allerdings nach längerer Karenzzeit, im Höchstfalle 30, 48, 66, 84, 102 und 120 Mk. betrug, wird jetzt allgemein bezahlt und die Höhe desselben auf 25, 45, 65, 85 und 105 Mark festgesetzt. Ein aus der Mitte der Versammlung geäußertes Wunsch, die Bestimmung des § 21, die besagt, daß das Sterbegeld nur dann gezahlt wird, wenn der Tod infolge einer Krankheit spätestens vor Ablauf eines Jahres nach Beendigung der Krankenunterstützung eingetreten ist, zu streichen, wurde vom Verwaltungsrat als gesetzlich nicht zulässig erklärt. Die Beiträge wurden nach längerer Besprechung dem Antrage des Vorstandes gemäß erhöht und sollen vom 1. Januar n. J. ab betragen: für die 1. Klasse 21 Pfg., 2. Klasse 39 Pfg., 3. Klasse 57 Pfg., 4. Klasse 75 Pfg. und 5. Klasse 93 Pfg. Beim § 13 wurde ein Antrag angenommen, nach welchem die Kasse auch Stärkungsmittel, die der Arzt für notwendig hält, gewährt. Vom Vorstandsstich aus waren hiergegen verschiedene Bedenken geäußert worden. Nach mehreren ziemlich unwesentlichen Änderungen einiger vorhergehender Paragraphen kam es zu einer lebhaften Aussprache beim § 22, der die Familienunterstützung betrifft. Hierbei wurden die verschiedensten Wünsche laut; so sollte die Familienunterstützung auch auf die Schwiegereltern ausgedehnt werden, die Kasse sollte für die Angehörigen Stärkungsmittel gewähren, das Plombieren der Zähne sollte ebenfalls die Kasse bezahlen u. dergl. Doch diese Wünsche fielen schließlich unter den Tisch. Beschlossen wurde, im Falle des Todes der Ehefrau die Hälfte, und im Falle des Todes eines Kindes unter 14 Jahren ein Viertel des Sterbegeldes für das Mitglied zu zahlen. Letzterer Betrag wird hinfür auch bei Todgeburtengewährt. — Die Berathung, die bis zum § 23 vorgeschritten war, hatte bereits bis gegen 1 Uhr gedauert, als vom Vorsitzenden der Voranschlag gemacht wurde, dieselbe am nächsten Sonnabend zu vertagen. Dilem Vorschlag stimmte die Versammlung bei und trat demgemäß Vertagung ein.

Das Gerücht über eine empörende Kindesmißhandlung, die stark an den Fall Dippold erinnert, kürzt zur Zeit in unserer Stadt. Von gut informierter Seite wird uns darüber berichtet: Ein Musiker, Mitglied einer hiesigen Kapelle, vermählte sich vor circa zwei Jahren mit einem Mädchen aus den sog. „besseren“ Ständen, einen damals vierjährigen Sohn aus erster Ehe mit in die neue Ehe bringend. Für den munteren, hübschen Knaben begann nun eine wahre Leidenszeit, denn in geradezu unmenchlicher Weise wurde das Kind seitens der Stiefmutter behandelt. Herzzerreißend drang oft das Wehgeschrei des Kleinen an die Ohren der Nachbarn. Auf seine flehentlichen Bitten um Gnade antworteten die dumpfen Schläge der herzlosen Frau. Während die Eltern für die Dauer der Bodelsaison im schönen Pyramont weilten, wurde das Kind zur Beaufsichtigung und Erziehung — dem Dienstmädchen anvertraut und diesem unbedingtes Züchtigungsrecht über den Knaben eingeräumt. Das Mädchen machte denn auch ausgiebigsten Gebrauch von diesem Recht. Und der Vater? Jedenfalls ganz unter dem Einfluß seiner Frau stehend, nahm er selbst Theil an den Bestrafungen seines Kindes und erklärte, zur Rede gestellt, daß der Junge sich des Diebstahls mehrerer hundert Mark und einiger Juwelen schuldig gemacht, auch sittliche Verfehlungen begangen habe. Zur Heilung von diesen Vastern überwies die „braven“ Eltern schließlich das Kind der Klinik eines hiesigen Nervenarztes, und das war seine Rettung. Der Arzt konnte sofort an dem ganzen Körper des Kleinen bis unter die Fingernägel die Spuren der schrecklichen Mißhandlungen feststellen und weigert sich jetzt vernünftigerweise, den Knaben in seine alten Verhältnisse zurückzugeben und so ist er denn vorläufig im Hause des Arztes aufgehoben, bis für seine fernere Erziehung in passender Familie Sorge getragen ist, wozu bereits Schritte eingeleitet sind. Scharf zu verurtheilen ist es, daß die Nachbarn nicht schon längst dem schändlichen Treiben dieser Eheleute Einhalt gethan haben; sie gehören fast ausnahmslos den bessergeleiteten Ständen an und glauben es der Ehre ihrer Familie schuldig zu sein, lieber jede Scherelei mit den Behörden zu vermeiden, als das Kind durch ein rechtzeitig gesprochenes Wort von seinen Quälern zu befreien. Vielleicht nimmt nun das Gericht doch noch Veranlassung, die Hochverehrten Herrschaften um eine Unterredung zu bitten.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Helfmann, (Bahnhofshau), ist die Sperre verhängt worden.

Das große Gala-Saalfest, das der Arbeiter-Nachfahrer-Verein am Sonntag im Vereinshaus beging, hatte sich eines außerordentlich starken Besuchs zu erfreuen, so daß der bewußte Apfel nirgends hätte zur Erde fallen können. Man war zumeist nur gekommen, um zu sehen, was unsere Ritter vom stählernen Hock leisten können. Nun, wenn der Beifall, der den einzelnen Vorführungen gezollt wurde, einen Gradmesser dafür bildet, so muß man sagen, daß die Reigen usw. ganz vorzüglich gelungen sein müssen, denn der Beifall war jedesmal sehr stark. Besonders lebhaft wurden die Kieler Nachfahrer durch Beifall ausgezeichnet, von denen sich rund ein Dutzend eingeleitet hatte und durch verschiedene prächtige Leistungen glänzte. In der ersten Stunde war endlich das ziemlich reichhaltige Programm abgeklappt und das junge Volk konnte nun ohne jede Unterbrechung Lersichoren huldigen.

Export nach Schweden. Wie der Handelsvertragsverein erfährt, findet am 20. November in Stockholm eine gemeinschaftliche Sitzung der dortigen Handelskammer und des von der Regierung berufenen wirtschaftlichen Ausschusses zur Berathung der Zollfragen statt, die sich ausschließlich mit den handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland beschäftigen wird. Auf der Tagesordnung stehen insbesondere folgende Fragen: 1. Die Besteuerung der Handelsreisenden; 2. Werth- oder Gewichtszoll auf Maschinen; 3. Zollbehandlung der Emballage; 4. Küstenfahrt deutscher Dampfschiffe; 5. durchgehende Tariftarife; 6. Neueinteilung des schwedischen Zolltarifs. — Seitens der schwedischen Regierungskommission wird Werth darauf gelegt, die deutschen Wünsche und Beschwerden zu diesen Punkten kennen zu lernen. Der Handelsvertragsverein ist bereit, Material der Interessenten, dessen Bekanntgabe an das Ausland keine Bedenken entgegensteht, an die einschlägigen Stellen zu übermitteln.

Den „Fleischtröpfen“ der Kaserne hat der Musiker Erdmann, der im ersten Jahre dienen soll, den Rücken gefehrt. Was mag wohl die Veranlassung dieser Fahnenflucht gewesen sein?

Markthalle. Wegen des Buß- und Bettages findet der nächste Hauptmarkt am Dienstag, den 17. d. Mts. statt. Die Markthalle wird an diesem Tage auch Abends von 5—8 Uhr geöffnet sein.

pb. Unangenehmes Erwachen. Ein von Hamburg augereiter Schuhmacher zeigte an, daß ihm, während er unweit Ahrensburg im Chauffeegebräu geschlafen habe, seitens eines unbekanntes Begleiters seine sämtlichen Papiere, lautend auf den Schuhmacher Johannes Barrels, geboren am 16. Januar 1883 zu Altona, bestehend aus einem Geburtschein, einem Lösungsschein, ausgestellt von der Ertrag-Kommission in Binneberg, der Luitpoldstraße Nr. 3 und einen Kontraktenschein, gestohlen seien. Ferner fehlen ihm noch seine silberne Remontoir-Uhr mit Goldband, in deren Inneres der Name „J. Barrels“ eingraviert ist, sowie sein schwarzer, weicher Filzhut mit braunem Futter und der Firma Lies-Hamburg und 20 Mark in bar. Selbst seine fast neuen Jagdschuhe wurden ihm von seinem Reisekollegen von den Füßen gezogen, wofür derselbe ein Paar zerrissene Stiefel zurückließ.

pb. Vom Tode des Ertrinkens gerettet. In der Nacht vom 12. zum 13. d. M. hörte ein an der Untertrave auf einem Patrouillengange befindlicher Schutzmann unterhalb der Fischergrube laute Hilferufe, die darauf schließen ließen, daß ein Mensch ins Wasser gefallen war. Er eilte mit dem am Schuppen Nr. 5 befestigten Rettungsball herbei, und es gelang ihm, mittelst desselben den in angegriffenem Zustande in die Trave gefallenen Heizer eines in der Nähe liegenden Dampfers zu retten.

pb. Betrug und Unterschlagung. Wegen eines hiesigen Gelegenheitsarbeiters, der sich unter Verletzung unwahrer Thatfachen in den Besitz von zwei Flaschen Sennen zur Herstellung von Pfeffermünz und Rum zu setzen mußte, dieselben verkaufte und das Geld für sich verbrauchte, wurde Anzeige wegen Betruges und Unterschlagung erstattet.

Trarlsdorf. In einer Volksversammlung, welche gestern Nachmittag bei Herrn Müllers abgehalten wurde und die hauptsächlich von den Schlutuper Genossen sehr zahlreich besucht war, hielt Genosse Wissell einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. Nach Schluß der Versammlung ertheilte der Referent noch verschiedene Auskünfte.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Im Hamburger Hafen wurde ein Erwerführer von herabstürzenden Kaffeefässern erschlagen. — Mehrere halbwüchsige Burshen

häuften in Warnemünde Papier zusammen, gossen Petroleum darauf und zündeten es an. Ein dabei stehender kleinerer Knabe stieß die Petroleumflasche um. Die Flasche explodirte und flog dem Kleinen ins Gesicht. Erheblich verletzt wurde der Verunglückte in die elterliche Wohnung gebracht. — Der Hausgutspächter Schröder in Gr. Niendorf b. Sternberg ist im Walde mit einer Pistolenkugel im Kopf todt aufgefunden worden. — Die Ehefrau des Tagelöhners Rutenberg in Feldberg war ihren Geschäften nachgegangen, während die Kinder mit der sechs-jährigen Tochter des Tagelöhners Günter in der Wohnung blieben. Das Güntersche Kind muß sich in der Küche am Herdfeuer zu schaffen gemacht haben, denn auf Geschrei der Kinder fanden herbeigeeilte Leute das Kind lichterloh brennend vor. Der Zustand des Mädchens ist infolge der Brandwunden bedenklich. — Eine vollständige Umgestaltung und Erweiterung der Kasernenanlagen in Cuxhaven, sowie eine Zentralisierung sämtlicher militärischer Bureau's in einem zu errichtenden Staatsgebäude steht bevor. Die erste Rate ist bereits in den neuen Marine-Etat eingestellt; es soll nach dessen Genehmigung mit den Arbeiten schon am 1. April begonnen werden. Für derartige Sachen ist immer Geld vorhanden, für Kulturaufgaben aber nicht. — Auf der Station Barel geriet ein Stationsarbeiter zwischen zwei Buffer und wurde sofort zermalmt.

Hamburg. Ein eigenartiger Unglücksfall ereignete sich am 2. Juli ds. J. an Bord des Schnell-dampfers „Palatia“. Ein Passagier 1. Klasse blühte sinnend vom Schiff ins Meer, als er plötzlich von einem Fasse getroffen und ins Meer geschleudert wurde; alle Rettungsversuche waren vergebens, der Passagier ertrank. Das Fäß hatte ein Steuard, der auf dem Deck des Rauchjalons Kartoffeln schälte, nachdem er es seines Kartoffelhalbes entledigt hatte, über Bord werfen wollen, jedoch zu kurz getroffen. Er hatte sich wegen fahrlässiger Tödtung vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten und wurde zu einer Gefängnisstrafe von 3 Wochen verurtheilt. — Errichtung einer Universitäts-berathung forderte Dr. Cohen, Senat und Bürgerchaft sollten der Errichtung einer Universität aus Staatsmitteln ernstlich näher treten. Der Vertreter des Senats, Bürgermeister Möncheberg, erwiderte, er würde sich von Herzen über die Verwirklichung dieses Planes freuen, finanzielle Gründe sprächen aber dagegen.

Letzte Nachrichten.

Stettin. Nord auf offener Straße. Sonnabend früh zwischen 8 und 9 Uhr brachte der 29-jährige Schneider Bobbermin seiner Schlafwirthin, der in dem Stadttheil Unterbreddow wohnenden 36-jährigen Wittwe Schubert auf der Straße mit einem dolchartigen Messer fünf Stiche in den Unterleib bei. Die Frau wurde in einen Hausflur getragen, wo sie kurz darauf starb. Bobbermin stellte sich väter selbst der Polizei. — Ein Segelschiff hat die Baumbrücke angerannt und einen Theil der Brücke abgebrochen. Der Schiffsverkehr ist gestoppt.

Berlin. Arbeiterriß. Beim Neubau des Charlottenburger Krankenhauses wurden zwei Arbeiter durch niederstürzende Gerüstbalken schwer verletzt. — Der Postbote Heider vom Postamt Friedrichsberg wurde wegen Unterschlagung verhaftet. Er soll auch 3000 Mk. aus der Postkasse entwendet.

Salle a. S. Eisenbahnunglück. Amlich wird gemeldet: Sonnabend Morgen 4 Uhr ist auf der Haltestelle Klitzschmar der Strecke Halle-Delitzsch ein Güterzug infolge irrthümlicher Bedienung der Eingangsschleiche und des Einfahrtsignals auf den Gleise liegenden Theil eines anderen Güterzuges aufgefahren, wodurch die Maschine des einfahrenden Zuges und insgesammt 14 Wagen entgleiteten und zum Theil erheblich beschädigt wurden. Vom Zugpersonal wurde nur der Zugführer durch einen Stoß am Kopf beschädigt; der Zugverkehr konnte schon nach kurzer Zeit durch ein Nebengleis weiter durchgeführt werden.

Falkenau i. S. Familientragödie. In der Nacht zum Sonnabend tödtete hier die verehelichte Fischer ihr einziges altes Söhnchen durch Messerliche und verletzte ihren sechs-jährigen Sohn in gleicher Weise lebensgefährlich. Alsdann ertränkte sie sich in dem Fluß Blöha. Ein drittes Kind ließ die Frau unberührt. Anscheinend ist Geisteskränkung die Veranlassung zur That.

Verden. Hinrichtung. Sonnabend früh wurde auf dem Hofe des hiesigen Gerichtsgefängnisses der Murrerhandlanger Friedr. Klindworth aus Rothenburg, der in der Nacht vom 26. April die Ehefrau Margarethe Lamde zu Rothenburg auf bestialische Weise ermordet hat, durch den Scharfrichter Engelhardt hingerichtet.

Lübeker Marktreise vom 14. November.

Bauern-Butter Pfd. 1,30 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,40 Mk., Hasen Eid. 3,00 Mk., Enten Eid. 2,80 Mk., Gähner Eid. 1,70 Mk., Küten Eid. 1,20 Mk., Lauben Eid. 0,50 Mk., Gänse Pfd. — 65 Pfg., Hühner 3.— Mk., Schweinshack, Pfd. 0,50 Mk., Schinken Pfd. 1,10 Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 7 Stk. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1.— Mk., Karaulchen Pfd. 80 Pfg., Gschitz Pfd. 60 Pfg., Barische Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Die glückliche Geburt eines Knaben zeigen an
J. Haaren und Frau
geb. Hartig.
Lübeck, den 15. Novbr. 1903.

Wilhelmine Groth
Paul Meinig
Verlobte.
Lübeck.

Sage meinen Mitarbeitern
herzlichsten Dank.
Wilh. Beckmann.

Zu vermieten
zum 1. Januar eine Wohnung,
2. Etage, an einzelne Leute. Wafenstr. 8.

Zum 1. Dezember eine Etage von 3 Zimmern
u. Zubeh., Miethe 200 Mk. Mittelstr. 12 a. u. 3.
1. Jan. e. Etage m. Zubeh. Westhofstr. 35.

Gelegenheitskauf!
Eine Partie selten schönes, trockenes
Eichenholz (kein Abfall) empfehle meiner
werthen Kundsch. so lange der Vorrath reicht.
Billiger und reichlicher als sonst. Pro Sac 1 Mk.
Hermann Dannert, Brennholzhdl.
Dankwartstraße 43.

Gesunden etwas Mische.
Abzuholen gegen Infektionskosten
Sedanstraße 26, 1. Etg.

Zum 1. Januar eine Zweistabtenwohnung
zu vermieten. Näheres
Bülowsstraße 11.

Neuer Laden Hüterstraße 124
mit Keller, Kabinett, Lagerräume und 3 Schaufenster ist per 1. Dezember oder später zu vermieten od. Haus zu verkaufen. Näheres
W. Klüssendorf, Hüterstraße 116.

Allen Arbeitern
wird die **Meissner Kranken-Kasse**
zum Beitritt empfohlen. Gegr. 1873. Agenten
verbeten. Näh. Auskunft durch den Geschäftsführer
Bruno Reinhold, Weihen. Martinstr. 2.
Eröffnung im Hause

Krähenstraße 11
ein
Lager von Lampen und
emailirten Gache,
gleichzeitig empfehle meine
Lampen- und Hausstandsachen-
Reparatur-Werkstatt.
Zeichne hochachtungsvoll
Bernhard Neumann sen.
Klempnerci.

Unterhemden für Herren von 1 an
Unterhemden für Damen von 50 Pfg. an
Unterhemden für Herren v. 90 Pfg. an
Barchendbeinkleider f. D. v. 1 10 Mk. an
Bl. Flanelhemde, reine Wolle,
von 3,50 Mk. an
Jagdwesten, Sweater, gestr. Unter-
röcke, Strümpfe, Socken in groß. Ausw.
L. DUVE,
Große Burgstraße 32.
Trotz billigster Preise 4 Prozent
bar Rabatt, vortheilhafter als
Rabattmarken.

Ahren reinigen . 1,50,
Federn einsehen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Ahrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Böttner,
Uhrmacher,
Südrstraße 82.

Victoria-Erbfen
Splitt-Erbfen
gelbe Erbfen
grüne Erbfen
Linfen u. weiße Bohnen
sämmliche Sorten neuer Ernte, vorzüg-
lich im Brechen, empfiehlt
J. Böttcher,
66 Friedenstraße 66.

Fremdwörterbuch
in 13 Lieferungen à 20 Pfg.
Gebd. 3,20 Mk.
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Arbeiter-Bildungsschule
Lübeck.
Des Bußtages wegen fällt der Stenographie-
Unterricht am kommenden Mittwoch aus
Der Vorstand.

Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

In der Diskussion über den Tätigkeitsbericht der Fraktion ergriff auch Dr. Viktor Adler das Wort. Selbst auf die Gefahr hin, als Krieger verurteilt zu werden, sei er dafür, daß alle Leute, die Waffen tragen können, auf ein Jahr zum Militär ausgehoben werden. Er erklärte sich also für eine einjährige Dienstzeit und selbstverständlich für die Demokratisierung des Heeres. Erstere sei ein hygienisches und erzieherisches Bedürfnis des Volkes. Parteigenossen, die beim Militär gedient haben, sind auch für unseren Kampf die tüchtigsten und brauchbarsten, und der Militarismus, selbst in seiner heutigen karikierten Form, wo die Leute drangsalirt werden, bilde ein für uns nützliches Surrogat der Erziehung, die außerhalb des Militärs eine noch viel schlechtere ist. Aus seinem eigenen Besen heraus erzieht sich der Militarismus seine eigenen Todtengräber; er muß immer der größere Volksfresser bewaffnen, die Volkskraft immer mehr in Anspruch nehmen. So wie der Kapitalismus in seinen Fabriken die Proletarier zu einer Armee gegen sich organisiert, so vollführt auch der Militarismus diese Dienstleistung in einem gewissen Umfange und auf einem gewissen Gebiete. Redner vergesse nicht die Greuel des Militarismus, die Soldatenmißhandlungen, die Militärjustiz und auch den geistbildenden Drill, der in der Armee herrscht. Aber jeder Schritt, der uns der Volksbewaffnung und der Demokratisierung der Armee näher bringt, liegt im Interesse unserer Bewegung. Man werbe ihn als Opportunisten verurteilen, vielleicht gar als Revisionisten, aber die Militarfeindschaft ist nichts Sozialdemokratisches. Sozialdemokratisch ist, den Militarismus verstehen und in ihm seinen revolutionären Gehalt erkennen. Jeder Schritt, der dazu führt, die Dienstzeit abzukürzen, die Gamaschenknochenmethode in der Armee, die Kavallerieherrschschaft in ihr und vor allem die Brutalität darin zu untergraben, ist ein Schritt näher nicht bloß zur Miliz, sondern zur Erreichung aller unserer Forderungen. Das hat nichts mit einer Kompensationspolitik zu tun, die Volksrechte nehmen will für Kanonen. Wenn mehr Soldaten gefordert werden, dann sollen militärisch nützliche Maßnahmen hierbei verlangt werden. Zum Schluß berührte Redner die parlamentarische Lage in Oesterreich, die die Haltung der Abgeordneten sehr erschwere. Vergleiche mit anderen Ländern sind da nicht am Platze. Unsere Abgeordneten müssen ihre Arbeit machen in einem Parlament, dessen Boden jeden Augenblick in Frage gestellt ist, wo der kommende Tag nicht sicher ist, wo nichts sicher ist als die absolute Privatität, der absolute Mangel eines Gefühls für die Gesamtheit, der Haß gegen die Gemeinsamkeit. Es bestehe eine weitgehende Unzufriedenheit mit dem Parlament und der parlamentarischen Arbeit unserer Genossen, aber nirgends ist die Unzufriedenheit größer als bei unseren Abgeordneten selbst. Wir können Oesterreich in seinem Untergang nicht aufhalten, aber wir müssen trachten, neben den großen Zielen, die wir haben, für die Arbeiterklasse das zu erringen, was sie für den Tag braucht.

Als nächster Redner bemängelte der Sekretär der österreichischen Gewerkschaftskommission, Hueber, daß die Haltung der Partei gegenüber dem Militarismus nicht genügend geklärt sei. Eine Herabsetzung der Dienstzeit wäre gewiß ein Akt der Humanität gegenüber den Soldaten, aber zur Demokratisierung der Armee würde sie nicht beitragen. Es lasse sich darüber streiten, ob die ungeheuren Mehrkosten, welche die zweijährige Dienstzeit im Gefolge hätte, ohne jedoch das Wesen des Militarismus zu ändern, zu bewilligen wären. In den Fragen des Militarismus lasse sich nichts thun, als propagandistisch zum Fenster hinausreden, denn eine ehrliche Armee reform ist nicht zu erreichen. Ich bin, sagte Redner, für den Radi-

kalismus in der Militärfrage, ob zwar wir keinen Radikalen mehr unter uns haben. Wir sind Revisionisten vom Kopf bis zur Sohle (türkischer Widerspruch), unsere Tätigkeit ist der eleganteste Revisionismus. (Erneuter Widerspruch.)

Schließlich wurde ein Vertrauensvotum für die Fraktion einstimmig angenommen. Persönlich bemerkte Dr. Adler: Mir ist imputirt worden, ich hätte dem Militarismus eine besondere erzieherische Wirkung zugemessen. Das ist mir nicht eingefallen. Ich habe nur gesagt, daß die Dienstpflicht selbst in ihrer heutigen verwerflichen Form uns gewisse Vortheile bietet. Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß dem Militarismus jeder Mann und jeder Grobchen verweigert werden muß, und ich würde, wenn ich selber in der Lage wäre, dahin wirken, daß die anderen wenigstens so wenig Männer und so wenig Grobchen als möglich bewilligen.

In der Mittwochsitzung referierte Daniel Prag über die Wahlrechtsbewegung. Er beantragte eine Resolution, in der es u. a. heißt: „Der Parteitag fordert die gesammte Arbeiterklasse aller Nationalitäten Oesterreichs auf, in dem Kampfe für das gleiche Wahlrecht in Gemeinde, Land und Reich womöglich noch energischer auf der ganzen Linie fortzufahren, ihn zu steigern und vor keinem Opfer im Kampfe für diese ihre wichtigste Forderung zurückzuschrecken. Sollte kein anderes Mittel übrig bleiben, ist beizutreten zu erwägen, ob es nicht notwendig wäre, wie im Krieg um wirtschaftliche Rechte, so auch in diesem politischen Kampfe zur Erreichung der Volksrechte die äußersten Mittel anzuwenden. Der Parteitag fordert endlich das gesammte Proletariat Oesterreichs auf, unter allen Umständen sich für den kommenden schweren und siegreichen Kampf durch Ausbau einer festen politischen und gesellschaftlichen Organisation und Verbollkommnung seiner Presse vorzubereiten und kampfbereit zu halten.“ Der Hinweis auf den Generalfreist in dieser Resolution wurde von einzelnen Rednern bekämpft. Ihnen gegenüber erklärte Dr. Adler: Wir wissen nicht, ob das österreichische Proletariat zum Generalfreist kommen wird, wir wissen aber ebensowenig, ob er uns erspart bleiben wird. So unvernünftig und gewissenlos es wäre, einen Generalfreist zu politischen Zwecken für die nächste Zeit anzukündigen, ebenso unklug wäre es, den Generalfreist abzuschwören. Das Beispiel in Belgien ist für mich zum Unterschied von anderen Genossen kein Beweis, daß der Generalfreist nichts taugt, sondern ein Beweis, daß es möglich ist, bei einer tüchtigen Organisation ihn einzuleiten und abzuschließen zu können. Ich habe den Abschluß des belgischen Generalfreists und den glänzenden Rückzug der belgischen Genossen für einen Erfolg gehalten. Alle unsere Unternehmungen fangen erst dann an, in den Kreis unserer politischen Berechnung gezogen zu werden, wenn wir sie so ernessen und so in die Hand bekommen, daß wir anfangen, aber auch aufhören können. Bei einem Generalfreist ist es leicht möglich, daß man selbst bei einer guten Organisation alles verliert. Ich bin darum nicht dafür, unsere Gegner damit zu beruhigen, daß sie bei uns vor Anwendung dieses Mittels sicher sein können; wir würden ihnen nur eine Illusion machen. Wenn die politische Lage danach ist, wenn die Arbeitermassen die notwendige Disposition und Organisation haben, dann sind wir bereit, das zu thun, was wir können. Daß der Parteitag das abschwört, dagegen bin ich entschieden. (Beifall.)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Drahtzieher der westfälischen Stahlwerke in Langendreer beschlossen den Ausstand fortzusetzen. —

Die Schneider in Abo (Finland) sind in den Streik getreten, um von den Meistern die Anerkennung ihrer Organisation zu erzwingen. Einige kleinere Arbeitgeber haben die Forderung anerkannt.

Die Ergebnisse einer Enquete über die Arbeits-, Lohn- und Wohnungsverhältnisse der Hotelbiener veröffentlicht der Verband der Hotelbiener Deutschlands, der erst im Herbst vorigen Jahres gegründet wurde. An der Erhebung waren 1391 Personen in 522 Betrieben aus 68 Orten betheiligte. Die Arbeitszeit betrug nur für 43 Betheiligte unter 15 Stunden, für 148 dauerte sie 15 bis 16 Stunden. 303 waren 16 bis 17 Stunden beschäftigt, während 17 bis 18 Stunden 481 arbeiten mußten. 18 bis 19 Stunden Arbeitszeit hatten 177 und 49 mußten sogar 19 bis 20 Stunden täglich ihrem Dienst verrichten. Von Ruhepausen berichteten nur 112 Personen. 87 davon hatten 1 bis 2 Stunden Ruhezeit. Dagegen mußten 589 nach ihrer Tagesleistung noch Nachtwachen verrichten, auf die nur bei 241 Ruhepausen folgten. 329 hatten keine Ruhezeit. Ueber die Wohnungsverhältnisse werden erschreckende Angaben gemacht. Es werden als Folge verzeichnet ein feuchter Keller mit einer Britische, Decke und Strohsack, niedrige Dachkammer, enge Bellen unter dem Hotelausgang ohne jeden Licht- und Luftzutritt mit ungenügender Schlafgelegenheit auf alten Sofas u. a. Die Wohnverhältnisse weisen 540 Personen auf, die überhaupt keinen Lohn erhalten. Von 305, die einen festen Lohn erhalten, verzeichnen acht Personen einen Monatslohn von 3—5 Mark, 68 bis 10 Mark, 38 bis 20 Mark, 74 bis 30 Mark, 37 bis 40 Mark, 17 bis 50 Mark, 7 bis 75 Mark, 4 bis 100 Mark und einer 120 Mark. Gestagt wird über viele Abzüge und die Nichtverwendung der Strafgeelder zu Nutzen der Gefangenen. Von den 540 ohne Lohn Angestellten müssen 231 aus ihren Einkünften noch Abgaben an den Hotelier entrichten und zwar beträgt diese unter 10 Mark für 27, 15 bis 20 Mark für 67, 25 bis 30 Mark für 52, 40 bis 50 Mark für 51, 50 bis 100 Mark für 9 und 195 Mark pro Monat für einen. Einer hat dreißig Prozent seines Trinkgeldes abzugeben. Aus diesen Ausgaben werden den Feststellungen zufolge die Löhne des Aushilfs- und Küchenpersonals bestritten. Die Enquete stellt weiter fest, daß zur Erlangung solcher Stellen noch große Summen an die gewerblichen Stellenvermittler gezahlt werden. Die Gebühren schwanken zwischen drei und 72 Mark, in den meisten Fällen werden 10 bis 20 Mark erhoben. Auch von Vereinen, die sich mit Vermittlung befassen, werden Gebühren erhoben.

Ein für russische Verhältnisse charakteristischer Streik fand vor einiger Zeit in Oskrowiec (Russisch-Polen) statt. Die in der dortigen Fabrik an den Siemenswerken beschäftigten Arbeiter fordernten die Festsetzung der Sonntagsruhe. Die Fabrikverwaltung beantwortete die Forderung der Arbeiter mit einer Depesche an den Gouverneur von Radom. Der Gouverneur Szygromski kam mit dem Fabrikinspektor. Der Gouverneur begann seine Tätigkeit mit Abjendung einer Depesche um Militär und 500 Kosaken. Außerdem erhielt er zwei Bekanntmachungen. In der ersten wurden die Arbeiter an den Inspektor verwiesen und daran erinnert, daß man nicht streiken dürfe und daß die Streikenden in die Verbannung geschickt werden könnten. In der zweiten Bekanntmachung suchte der Gouverneur die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Die Bekanntmachungen wurden mit einem Flugblatt des lokalen Komitees der polnischen sozialistischen Partei beantwortet. Der Aufruf lautete:

„Genossen! Arbeiter! Auf die zwei Bekanntmachungen der Jarenshergen dümt Ihr nicht achten. Steht solidarisch im Kampf! Entweder bewilligt die Verwaltung Eure Forderungen — oder Ihr müßt einmütig die Arbeit verlassen. Genug der Ausbeutung! Genug der Noth und des Hungers! Genossen! Laßt Euch durch die Drohung der Verbannung nicht abschrecken. Auch da

Das Vermächtniß des Pedlars.

(Folge des Romans: „Der Pedlar.“)
Von Otto Ruppins.

(29. Fortsetzung.)

VII.

Die „Law-Office“ der Advokaten Griswald und Duncan galt als die bedeutendste im County, wenn auch die äußere Erscheinung derselben wenig davon wahrnehmen ließ. Ein vorderes Zimmer, das drei abgenutzt, mit langjährigen Tintenflecken verzierte Schreibtische und verschiedene halbzerbrochene Stühle enthielt — und ein hinteres mit besonderem Eingang, welches einige Reihen Gesetzbücher, einen kleinen eisernen Geldschrank und sechs wackelige Sessel um einen eben so ausgebeugten eirunden Tisch zeigte, bildeten die ganzen Räumlichkeiten, denen man es daneben noch ansah, daß jährlich kaum einige Mal sich der Besen darin blicken ließ.

Es war Abend und die Office geschlossen; in dem hinteren Zimmer waren jedoch sämtliche sechs Stühle von theils älteren, theils jüngeren Männern besetzt, während ein siebenter auf dem niederen Geldschrank Platz genommen hatte. Zwei Talglücker auf verrosteten Leuchtern gaben eben Licht genug, um die einzelnen Gesichter erkennen zu lassen.

„Well, Gentlemen,“ begann Griswald, welcher am obern Ende des Tisches saß, „es ist jedenfalls gut, wenn wir unsere Sache gemeinschaftlich betrachten und uns vollkommen verständigen. Mr. Murphy will, wie Sie wissen, den in seinen Händen befindlichen Anspruch an das uns bekannte Eigentum durch den hiesigen Theil der allgemeinen Advokaten-Assoziation vertreten wissen und dafür fünfzig Prozent des Ertrages an die hiesigen Mitglieder der Assoziation abgeben. Die einzige Frage, welche jetzt noch in Betracht zu ziehen wäre, ist die: ob die Klage auf voll-

ständige Abtretung des Eigentums eingeleitet, oder ob der jetzige Inhaber desselben zur Zahlung eines Abstandsquantums vermocht werden soll. Die Frage ist offen, Gentlemen, und ich werde meine eigene Meinung mit bis zuletzt vorbehalten.“

„Wie ich die Angelegenheit betrachte,“ ließ sich ein älterer Mann vernehmen und bog seinen Stuhl schaukelnd auf die beiden Hinterfüße, „so sieht der Fall beim ersten Anblick allerdings bestechend genug aus; indessen glaube ich doch, daß unser Freund Murphy zu sanguinisch in seinen Hoffnungen gewesen ist. Die Sittigkeit indianischer Besitztitel in unserm Staate ist im Allgemeinen eine höchst zweifelhafte Sache und hängt zum großen Theile von der Auffassung des einzelnen Falles ab; und daß in dem gegenwärtigen der Titel in der Law-Office angemeldet worden ist, thut nichts zu seiner Verbesserung. Die Anmeldung hat durchaus keine andere Bedeutung, wie die jedes einfachen Claims, und die betreffende Person hätte sich auf dem beanspruchten Lande niederlassen müssen, was augenscheinlich nicht geschehen ist. Als einfacher Prozeß zwischen zwei streitenden Personen angesehen, würde der Fall sicherlich ein ausgezeichnetes zu nennen sein; es läßt sich von beiden Seiten für den Advokaten viel daraus machen; soll aber die Assoziation selbst Partei darin ergreifen, so muß ein schneller, reeller Erfolg vor allen Dingen ins Auge gefaßt werden, den ich bei einer Klage auf Eigentumsabtretung im vorliegenden Falle nicht sehen kann, und es wäre deshalb meine Meinung, die nötigen Anordnungen zu treffen, um den jetzigen Inhaber des Eigentums zur Zahlung eines verhältnißmäßigen Abstandsquantums für den erhobenen Anspruch zu bestimmen. Ich glaube, daß selbst Mr. Murphy mit mir darin einverstanden sein wird.“

„Well, Gentlemen,“ rang Murphy's Stimme vom Geldschrank, „ich habe in den letzten Tagen privatim die Ansicht der meisten hier gegenwärtigen Herren gehört, und allerdings stimmt diese mit der des vorigen Redners überein.

Aber was man nicht direkt erreichen kann, Gentlemen, läßt sich vielleicht auf einem Umwege erlangen. Ich habe mir als Minimum eines Abstandsquantums 30 000 Dollar gedacht, etwa der sechste Theil dessen, was der Boden und die Gehäulichkeiten der Farm werth sind, welcher Betrag in einer Mortgage auf das gesammte Eigentum zu zahlen sein würde. Wie aber mit 30 000 Dollar Mortgage bei der Verfallzeit ein noch viel größerer Werth als das in Rede stehende Eigentum erlangt werden könnte, wenn nur einigermaßen richtig und auf den Zweck gearbeitet wird, brauche ich den Herren nicht erst auseinander zu setzen.“

Ein Kopfschütteln Griswalds unterbrach den Sprechenden. „Ich glaube, daß derartige Spekulationen über den Zweck der Association hinausgehen,“ sagte der alte Advokat; „ich stimme ganz mit dem ersten Redner überein, daß nur ein schneller, reeller Erfolg ins Auge gefaßt werden kann, wie er durch ein Abstandsquantum zu erzielen ist, mag dieses auch durch Mortgage gezahlt werden; die Verwandlung derselben in baare Geld wird auf keine Schwierigkeiten stoßen und die Ansprüche eines Jeden von uns sofort befriedigt werden können.“

Ein vielfaches Nicken in dem Kreise der Anwesenden bekräftigte Griswalds Einwurf, und dieser fuhr nach kurzem Räuspern fort: „Wenn der hier anwesende Theil der Association in der Angelegenheit richtig verfährt, den Fall als einen hoffnungslosen für den bedrohten Theil ansieht und ihn so im Gespräch mit Andern behandelt, wenn wir den Einfluß, welchen unsere längere Erfahrung uns über die jüngeren Kollegen in der Stadt giebt, richtig verwenden, wenn besonders Mr. Murphy den Besichtigten entfernt von einer möglichen allzugenauren Prüfung unberufen hält, so bin ich sehr überzeugt, daß der jetzige Inhaber des Eigentums, schon wenn er die allgemeine Meinung der Gesetzkundigen gegen sich sieht und bei der dadurch naturgemäß erzeugten Unanmuthigung, sich zu dem in Rede stehenden Abstandsquantum herbeilassen wird, besonders da es nicht im baarem Gelde

sind unsere Gewissen, die russischen Arbeiter. Auch sie kämpfen gemeinsam mit uns gegen unsere gemeinsamen Feinde: die Regierung und die Kapitalisten. Genossen! Weg mit Kojnaki! (Direktor.) Hinter die Thore mit ihm! Zum Kampf, Genossen! Hoch die Solidarität!

Das Arbeiterkomitee der P. B. S. für Ostrowic.
Gleichzeitig forderte der Gouverneur die Arbeiter zur Rücksprache auf. Die „Rücksprache“ bestand nur aus Drohungen, auf welche die Arbeiter nur mit den Worten „Feiertag!“ erwiderten. Schließlich rief die Menge zum Gouverneur: „Weg mit ihm.“ Der Gouverneur sagte: „Ihr kennt mich wohl nicht, ich bin der Gouverneur.“ „Weg Du Sarenhund — war die Antwort — wir kennen Dich nicht und wollen Dich nicht kennen!“ Der Gouverneur verschwand. Er ließ dann den Arbeitern die Zeitung zugehen, Delegirte zur Unterhandlung zu wählen. Es folgten sofort solche Delegirte von freilebenden Arbeitern stets vorhaftet. Deshalb wollten die Arbeiter nichts von der Entsendung der Delegirten wissen. Der Gouverneur gab nun sein Ehrenwort, daß den Delegirten nichts geschehen würde. Die Verhandlungen mit den Delegirten führten auch zu keinem Resultat. Der Gouverneur drohte mit Sibirien, Gefängniß usw. Die Delegirten antworteten: „Feiertag!“ Trotz des gegebenen Ehrenworts wurden die sechs Arbeiterdelegirten verhaftet. Am Dienstag kam das Militär; am Mittwoch wurden etwa 250 Arbeiter verhaftet und in benachbarte Gefängnisse überführt. Die Arbeiter hielten sich trotzdem solidarisch. Leider gelang es einem Streikbrecher bei der verabredeten Niederlegung der Arbeit eine Abtheilung zu überreden, in der Fabrik zu bleiben. Die Arbeiter erreichten aber immerhin, daß von jetzt ab am Sonntag nur ein Ofen im Betrieb sein wird. Das Militär verhielt sich provozirend. Ein Blutbad war beabsichtigt. Glücklicherweise ließen sich die Arbeiter nicht aus der Fassung bringen.

Oberschlesische Arbeiterverhältnisse. Aus Oberschlesien, speziell aus dem ober-schlesischen Industriegebiet, kommen jetzt fortgesetzt Berichte über eine bedeutende Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Industrie und Bergbau erfreuen sich stetig steigenden Abganges ihrer Produkte, und davon profitirt nicht nur wieder das Berggewerbe, sondern auch ein erheblicher Theil des Kleinergewerbes überhaupt. Leider kann ein gleich günstiges Stricken der Gewerbeverhältnisse der ober-schlesischen Arbeiter nicht gemeldet werden. Allerdings ist die Zahl der Arbeitslosen ganz bedeutend zurückgegangen, denn die Grubenverwaltungen brauchen jetzt Arbeiter und stellen ein, was sich meldet, aber von einer irgendwie nennenswerthen Erhöhung der Löhne ist, wie der „Leipz. Volksztg.“ geschrieben wird, nicht die Rede. So schnell man dabei war, beim Eintritt schlechterer geschäftlicher Verhältnisse und damit verzögerter Entlassung von Arbeitern die Löhne herabzudrücken, so langsam ist man dagegen jetzt, bei steigender Konjunktur die Löhne wieder zu erhöhen. Ja, wie der kürzlich veröffentlichte Jahresbericht des größten, über 20 000 Arbeiter beschäftigenden industriellen Unternehmens in Oberschlesien, der Vereinigten Königs- und Sauerhütte, beweist, verstand man es sogar trefflich, trotz des wieder gestiegenen Preises — 11 Prozent Dividende! — die Löhne noch weiter herabzudrücken. In den niedrigen Löhnen kommt in diesem Winter aber noch eine ganz erhebliche Thenernung aller Lebensmittel. Die Karaffel, das Hauptnahrungsmittel des ober-schlesischen Arbeiters, ist in diesem Jahre mangelnd, unglücklicherweise auch im benachbarten russisch-Polen, so daß die Preise von dort in diesem Herbst nur kaum ein Viertel dessen betragen, was sie in anderen Jahren ausmacht. Das gleiche gilt aber von fast allen anderen Garten- und Feldprodukten, und die Preise sind deshalb ganz erheblich gestiegen und steigen noch immer weiter, obwohl die zu Markte gebrachten Waren bei aller Thenernung auch noch sehr schlecht. Zum Theil geradezu verborben sind. Und dazu kommt weiter eine Fleischthenernung, auch in den Grenzdistrikten Oberschlesiens, da die Befugnis des Auslaufs sich seit Wochen insofern Viehwangels ganz erheblich verminderte. Auch die Milchpreise sind bedeutend gestiegen, kurz, es ist eine beratige Thenernung eingetreten, daß die städtischen Beamten der Stadt Königsgrube beim Magistrat schon ein Gesuch um Erhöhung ihrer Gehälter eingereicht haben. Wenn die zur Verzweigung gebrachten unangenehmen und unorganischen Arbeiter-Oberschlesiens zum Streik greifen und durch besorgliche Maßnahmen gereizt, gar zu Gewaltthätigkeiten schreiten, dann trägt daran

nach den Berichten „gut-gemunter“ Blätter, die Schuld natürlich lebendig die sozialdemokratische Verheerung.
Zur Beachtung veröffentlicht Genosse A. Weibel im „Vorwärts“ dieses: In der Jubiläumsschrift „25 Jahre Kampf und Sieg“ veröffentlichte ich unter der Ueberschrift „Rückblicke und Erinnerungen“ einen Artikel, in dem ich unter andern auf die Verhängung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes über Leipzig und Umgebung im Sommer 1881 zu sprechen kam. Ich führte hierbei aus, daß am 27. Juni — dem Tage vor der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes — auf dem Comptoir des von meinem Affocie und mir geleiteten Geschäftes ein Delegirter der Berliner Genossen, Namens Wölkel, von Herkunft Bayer und seines Zeichens Schlosser, erschienen sei, der von mir kategorisch einen Passenbericht verlangte, damit die Berliner Genossen wüßten, wie die für ihre Ausgewiesenen und deren Familien gesammelten Gelder verwendet würden. Diese Forderung, wie die Art, wie sie gestellt wurde, habe damals bei mir den Verdacht erregt, Wölkel solle für die Polizei Material beschaffen für die Begründung des in Aussicht stehenden Belagerungszustandes, von dessen unmittelbar bevorstehender Verkündung mir am Vormittag desselben Tages eine vertrauliche Mittheilung zugegangen war. Ich bezeichnete deshalb in meinem Artikel Wölkel als verkappten Polizeispion. Gegen diese Anschuldigung erhob der noch in Berlin lebende Herr Georg Wölkel entschieden Einspruch und rief die Intervention des Schiedsmannes an. Vor diesem eintreten wir uns dahin, daß in einer Zusammenkunft, zu der die aus jener Zeit noch vorhandenen Personen, von denen man erwarten durfte, daß sie Kenntnis von jenen Vorgängen hätten, geladen werden sollten, eine Klärung herbeizuführen versucht werde. Diese Zusammenkunft fand am Abend des 7. November statt. Es wurde in derselben festgestellt, daß Herr Georg Wölkel damals nicht als Vertrauensmann der Berliner Genossen, sondern im Auftrage des Bergolders Paul Goldberg, der zu jener Zeit Genosse war, dessen gegenwärtiger Aufenthalt aber nicht ermittelt werden konnte, das erwähnte Ansuchen an mich stellte. Eine weitere Klärung konnte nicht erzielt werden. Da ich nun von dem Grundsatz ausgehe, daß, wenn ein Beweis für eine Anschuldigung nicht dringend geführt wird, eine Anklage nicht aufrecht erhalten werden darf, so halte ich mich für verpflichtet, die gegen Herrn Georg Wölkel erhobene Anschuldigung hiermit ausdrücklich zurückzunehmen. Auch ersuche ich die Parteigenossen, dieselbe als nicht gesehen zu betrachten und keinerlei Vorwürfe mehr gegen Herrn Georg Wölkel zu erheben.

Genosse Samuel Spier gestorben. Im Alter von 65 Jahren ist am Montag Abend v. M. in Frankfurt a. M. Genosse Samuel Spier gestorben. Seit längerer Zeit war er bereits leidend und mußte das Bett hüten. Spier, der am 4. April 1838 zu Alsfeld in Oberhessen geboren war, gehörte zur alten Garde der Sozialdemokratie; seine Parteithätigkeit reicht bis in die Vossalische Zeit zurück. Als junger Lehrer wurde er in Wölfsbühl mit Brade und anderen Genossen bekannt und durch sie in unsere Ideenwelt eingeführt, für die er sich bald so begeisterte und für dieselbe eintrat, daß er in den Parteiansichten gewählt wurde. Mehrfach wurde er auch auf Parteikonferenzen usw. geschickt. Als er mit Brade und anderen Genossen, dem Braunschweiger Ausläufer, gegen die Bismarckische Kriegspolitik und die Anwesenheit von Schlag-Lothringen protestirte, wurde er von den Vogel von Falkensteinischen Schergen festgenommen und mit Brade in Ketten nach Löwen geschleppt. Nach jener ereignisreichen Zeit zog sich Spier etwas von der Parteithätigkeit zurück, namentlich als er in Segnitz in Bayern Direktor eines Handelslehre-Institutes wurde. Diese Stelle bekleidete er von 1871 bis 1881. Dann siedelte er nach Frankfurt über, wo er sich Privatstudien widmete. Wenn er hier auch nicht mehr so agitatorisch für die Partei thätig war, so zeigte er doch jederzeit für die Parteibewegung großes Interesse und wandte auch dem Genossenschaftswesen Aufmerksamkeit zu. Er war Vorsitzender der Genossenschaftsbankerei und des Konjunkturvereins für Frankfurt a. M. und Umgebung und stets eifrig befreit, diese beiden Vereine vorwärts zu bringen. Die Arbeitererschaft wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Was May und Fern.
Wie die „Stütze der Hausfrau“ behandelt wurde. Ein französisches Kapitel vom Dandbotenberuf entwirft eine Verhandlung gegen die Realisatullehrer.

frau Kuhn, die sich vor der Strafkammer in Allen stein wegen Körperverletzung, Nötigung, Freiheitsberaubung, Beleidigung und Diebstahls zu verantworten hatte. Sie hat ihre Diensthöfen in robuster Weise behandelt, so daß schließlich niemand mehr zu ihr ging und sie sich vorwärts ihre Opfer herholen mußte. Frau Kuhn sucht durch Zeugniskonferenzen eine „Stütze der Hausfrau“ und engagierte die sich darauf meldende Franziska Michalski Tochter des Schlossermeisters Michalski aus Rogolino, Provinz Posen, unter folgenden Bedingungen: 10 Mark monatlich, freie Station und Familienanschluss. Als die neu „Stütze“ am 2. Dezember vorigen Jahres die Stelle antrat, mußte sie sofort die geübtesten Arbeiten ausführen, denn Wäsche und Küche starrten vor Schmutz. Nach anstrengender Tagearbeit mußte sie beinahe jeden Abend der Angeklagten von 10 Uhr an die Haare kämmen, was oft bis 1 und 1 1/2 Uhr dauerte. Dann durfte das Mädchen erst zu Bett gehen, mußte aber schon um 4 oder 5 Uhr wieder aufstehen. Am 11. Uhr vormittags gab es das erste Frühstück, das aus Grundkaffee und einem kleinen Stück Brot bestand. Am Mittag, um 5 Uhr nachmittags, erhielt die Michalski die Reste, die die Kinder der Angeklagten übrig ließen. Jeder schriftliche Befehl mit ihren Eltern wurde der Michalski unter Aufsicht der Kuhn in dem morgigen Wasser der Kleintischen Wasen von 4 Uhr nachmittags bis 7 1/2 Uhr abends bei Mondenschein Wäsche spülen. Im Hause angekommen, mußte sie dann mit eiskaltem Wasser den Flur abscheuern. Infolge des Frostes, der Anstrengungen und des Hungers fühlte die M., an diesem Tage heftige Brustschmerzen. Sie setzte sich auf die Dienbank und hat lebend um etwas Essen. Die Frau verweigerte ihr aber solches. Einen Blei und eine Karte, die die Siquatte an ihre Eltern schrie, entließ ihr die Angeklagte. Jede Zeit hat die M. überhaupt nicht bekommen, ihre Kleider und Wäsche hielt die Kuhn eingeschlossen, und wenn sie anging, schloß sie alle Thüren ab, so daß die M. ihrer Freiheit beraubt war und nicht weg konnte. Ihr Zimmer durfte die M. nicht reinigen, was zur Folge hatte, daß sie von Ungeziefer heimgesucht wurde. Infolge dieser Behandlung erkrankte die „Stütze der Hausfrau“. Daß die Kranke insofern ärztlicher Anordnung sich zu Bett legte, erlaubte die unmenseliche Gebieterin aber nicht und so mußte das ihr anvertraute elende Geschöpf, das keine Füße nicht gebrauchen konnte, auf den Knien die schweren Hausarbeiten verrichten. Endlich nahm die Angeklagte der M. soz. das Krankenbett fort, obwohl diese sich ihrer starren angeschwollenen Füße wegen nicht weiter bewegen konnte. Auf Intervention des Vaters bei der Polizei schritt die M. endlich ein und so kam die haarsträubende Angelegenheit an die Öffentlichkeit. Im April konnte die M., ohne irgend welchen Lohn erhalten zu haben, nach Hause fahren. Die Warenaufnahme ergab die volle Schuld der Angeklagten mit Ausnahme des Diebstahls. Der Vorsitzende geistete mit scharfen Worten die ungemein rohe, jede Rücksicht entbehrende herzlose und unerhörte Handlungsweise der Angeklagten, von der man sich nur mit diesem Wischen abwenden konnte. Das Gericht verurtheilte das herzlose Weib zu drei Monaten und zwei Wochen Gefängniß.

Die norwegische Handelsflotte zählte Ende 1900 nach einer Aufstellung des norwegischen statistischen Centralbureau 5569 Segelschiffe von 883 955 Registertonnen und 1290 Dampfschiffe von 567 161 Registertonnen gegen 544 Segelschiffe von 935 947 Registertonnen und 1223 Dampfschiffe von 531 142 Registertonnen Ende 1901. Die Zahl der Segelschiffe hat sich hiernach während des Jahres 1900 um 124 Schiffe vermehrt und ihr Gesamtgewicht um 51 995 Registertonnen vermindert, während die Zahl der Dampfschiffe um 67 Schiffe und ihr Gesamtgewicht um 36 015 Registertonnen zugenommen hat, was im ganzen eine Vergrößerung der Handelsflotte um 15 973 Registertonnen bedeutet. Die Zunahme der Zahl der Segelschiffe ist darauf zurückzuführen, daß bei der neuesten Schiffsregistrationsliste auf größere Fischereifahrzeuge von 20 Tonnen und darüber mitgerechnet wurden, was früher nicht der Fall war.

Stenographen-Bekanntmachung.
Hamburg, 11. November.
Der Schweinehandel verliert Haue.
Zugeführt wurden 1907 Stück. Preis: Sengschwein — 47—48 Mark, schwere 47—48 Mark, leichte 47—48 Mark, Gansen 40—46 Mark und Gans 43—47 Mark, 160 Pfund.

geleitet werden soll. Ich betrachte zugleich den einzuschlagenden Weg als eine vollkommen richtige Taktik. Mit Sicherheit kann in dem vorliegenden Falle niemand den Ausgang eines unaufrichtigen Prozesses bestimmen; selbst aber den günstigsten Ausgang für den Beklagten anzuwenden, so würde dieser an Kosten und Gebühren dennoch eine sehr hohe zu berechnende Summe zu zahlen haben, und wenn sich auch das Abhandlungsgeld etwas höher als die Prozesskosten belaufen dürfte, so wird für ihn der Unterchied nicht durch die befristete Zahlung eines geringen Betrages seines Eigenthums und die schnelle Ordnung der Angelegenheit ausgeglichen.
„Gut, aber“ — Ich es ist das mehrere Seiten harte, und Murphy, der angeblich auf dem Schloß nachher geübt war, hat sich für eine Erwiderung zu spät.
„Was heißt das?“ — Murphy hat geantwortet, daß er mit mir in fortwährender Verbindung zu erhalten, und sollte ich irgend etwas von Wichtigkeit erfahren, so soll Ihnen rechtzeitig Mitteilung davon werden. — Wer von den Herren noch irgend etwas vorzutragen hat, möge sich melden. — Niemand! Die Sitzung ist eröffnet.“
Dieses Wortes erob ich ein Zeichen. — Grisswald schloß die Thüre hinter sich auf, und eilte, in Zimmermanns von einer Minute vorüber die Antworten die Office. Hinter dem linken Tisch schloß die Thür wieder, und ich sah mich aus und nahm einen Weg durch das Vorderzimmer nach der Straße. Er hatte hier keine einzige Schritte gehen, als er hinter einem Kasten stand.
„Hallo, Mr. Nelson!“ rief er, den in der Dunkelheit heranzukommen zu hören, und riefte ihn die Hand! „Habe Sie ja vor mich nie lange nicht gesehen; kommen Sie, es gibt eine große Sache als Abhandlung, und ich bin sehr gespannt, ob Sie noch in der letzten Stunde mit mir sprechen können.“
„Was ist das?“ — „Das ist ein Brief, den ich Ihnen geschrieben habe, und den ich Ihnen heute in die Hand geben will.“ — „Was ist das?“ — „Das ist ein Brief, den ich Ihnen geschrieben habe, und den ich Ihnen heute in die Hand geben will.“

Sie mich noch dem Hotel, Sir? Mein Wagen ist von der Höhe so klein, daß ich ihm einen derben Gandy-Smash zu geben geben muß. Die Arznei schlägt aber auch das junge, hübsche Blut nieder; was meinen Sie also dazu, Sir? Er lachte von Kinn zu Kinn.
„Wohl, ich dank Ihnen, Mr. Grisswald, vielleicht nachher!“ erwiderte der junge Advokat mit gedämpfter Stimme. „Ich möchte gern ein paar Worte ungenüht mit Ihnen reden; ich war nachmittags schon einige Male in Ihrer Office, aber Sie trafen zu kommen.“
„Aber, Mann, doch nichts Geschäftliches heute mehr?“ sagte Grisswald mit komischem Entsetzen; „ich versichere Sie, mein Kopf und mein Magen sind so herzerst, daß ich kaum noch einen Gedanken fassen kann — ist es so eilig? Was ist es denn?“
„Es wäre mir allerdings lieb gewesen, Sir, noch heute mit Ihnen zu reden“, war die Antwort. „Squire Elliot ist heute in der Stadt geblieben, um aus einer Konferenz zwischen mir und Ihnen etwas bessere Laune mit nach Hause nehmen zu können. Sie kennen ja den sonderbaren Fall, welchen Murphy gegen ihn vertritt!“
„Hoh! und da auch noch ein Wort darüber reden?“ verlegte Grisswald geringschätzig. „Lassen Sie die ganze Sache ruhig gehen und trinken Sie einen Smash mit mir, das ist das Beste, was Sie in der Angelegenheit thun können.“
„Aber, Mr. Grisswald —“
„Haben Sie das Dokument gesehen? Jedenfalls nicht, denn ich bin von Ihrer eigenen Routine in solchen Dingen überzeugt, daß Sie nur die Kopfsache gemacht und Squire Elliot geschrien haben werden, sich auf gute oder schlimme Weise, wie es eben gegangen wäre, mit dem Jähzöer des Beklagten abzugeben. — Ich mag mich irren“, rief er, die Schultern schüttelnd, „denn man mag irgend einen anderen erfahrenen Rechtsmann zu Rathe gehen — ich selbst will aber mit einem solchen verdammt hohen in Ihrer Höhe auch in Verbindung kommen. Da Jago!“ — Er plög-

lich lachend hinzu und schlug dem jungen Advokaten auf die Schulter, „da fällt mir ja ein, daß Ihr junges Herz einen Antheil an der Sache hat — Teufelsgeschichte das Lassen Sie uns umfern Smash trinken und die Sorgen vergessen — das ist wirklich das Einzige, was man jetzt thun kann.“
„Das Dokument ist mir allerdings noch nicht zu Gesicht gekommen“, sagte Nelson und ging mit halb gesenktem Kopfe neben seinem ältern Kollegen dem Hotel zu; „es war immer zur Beurtheilung in andern Händen.“
„Noch ein Wort!“ unterbrach ihn Grisswald, wie von einem plötzlichen Gedanken ergriffen stehen bleibend, „ich nehme im Grunde genommen so viel Antheil an Elliot, daß ich ihn gern von einem unaussprechlichen Ruin retten möchte. Sie haben Einfluß auf ihn, wenigstens kann bei dem Verhältniß, in welches Sie künftig zu ihm treten wollen, kein Verdacht gegen Ihre Aufrichtigkeit in ihm entstehen. Rathen Sie ihm, den alten Titel durch drei unserer erfahrensten Rechtsanwälte prüfen zu lassen — ich glaube kaum, daß Murphy bei der Gewisheit seiner Sache einen Einwand dagegen machen wird — und wenn der Squire dann die Gewisheit von seiner Gefahr, an die er noch gar nicht zu glauben scheint, eingesehen hat, so mag er seinen Stolz ein wenig in die Tasche stecken, sich zu Murphy begeben und mit diesem über ein Abhandlungsgeld unterhandeln. Elliot ist im Besitz des freitragigen Eigenthums und hat dadurch, dem Sprichwort nach, zwei Drittel des Rechts für sich. Murphy wird jedenfalls alle seine Mittel aufzubieten müssen, um, wenn sich Elliot wehrt, den Prozeß durchzuführen, und wird so, wie ich mir denke, sein Ohr nicht gegen einen vernünftigen Vorschlag verschließen. Arbeiten Sie für diesen Gedanken, junger Mann, wenn Sie wirklich Ellots Freund sind, bringen Sie ihn zur vollen Erkenntniß seiner Lage; das ist der einzige Weg, um den Ruin von ihm und seiner Familie abzuhalten.“
(Fortsetzung folgt.)